

Berliner Tageblatt



Nr. 262

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Brüsseler Ministerkonferenz.

Das „Vorspiel für die größere Konferenz“.

Englische Forderung nach Abänderung der französischen Politik.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 6. Juni.
Zu der heutigen Konferenz in Brüssel schreiben die „Times“, daß sie womöglich den Erfolg haben könnte, daß Frankreich sich dem belgischen Standpunkt nähere. Letzterer stehe nicht unerschütterlich den Absichten Englands gegenüber. Es sei sogar möglich, daß die Brüsseler Konferenz das **Vorspiel zu einer großen Konferenz** sei, an der auch England und Italien teilnehmen würde. Dagegen warnt der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ in Brüssel davor, zu große Hoffnungen auf das Ergebnis der französisch-belgischen Konferenz zu setzen. Es sei noch eine weite Kluft zwischen Belgien und Frankreich zu überbrücken, bevor England und Italien in die jetzigen Verhandlungen eintreten könnten. Lieber die Pläne Poincarés teilt der Korrespondent mit, daß Frankreich die Frankowährung im Ruhrgebiet zurückzuziehen gedenke. Zur Kennzeichnung des belgischen Standpunktes dürfte ein Interview beitragen, das ein wichtiges Mitglied der belgischen Regierung dem Vertreter der „Morningpost“ gewährt hat. Ihm hat das belgische Regierungsmitglied folgendes mitgeteilt: „Belgien hat immer versucht, ein Brückglied zwischen Frankreich und England zu sein. Die Lösung des Ruhrgebietes hat Belgien immer nur als Zwangsmittel betrachtet, nicht aber als ein Mittel, Gewinne zu machen. Dieses Zwangsmittel scheint Erfolg gehabt zu haben, denn Deutschland fühlt sich genötigt, ein neues Angebot zu machen. Die Belgier, die praktisch und geschäftsmäßig denken, wollen so weit wie möglich ein Ergebnis haben. Aber sie fürchten, daß keine deutsche Regierung jetzt fähig ist, annehmbare Vorschläge zu machen, sei es aus Mangel an Mut, oder aus gutem Willen. Deshalb glauben die Belgier, daß die Zeit für die Aufstellung eines neuen internationalen Planes gekommen ist. Hierzu ist aber eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Belgien notwendig. Wir werden versuchen, diese Vereinbarung so zu gestalten, daß England ihr beitreten kann. Es handelt sich nicht nur um die Reparationen, sondern zugleich um die Frage der interalliierten Schulden. „In dem Anteil Englands an den deutschen Reparationen schreibt der „Daily Telegraph“: „Man spricht heute viel von einer Priorität Frankreichs in bezug auf den Aufbau der zerstörten Provinzen. Wenn das bedeutet, daß England 10 oder 20 Jahre nichts von Deutschland bekommen könne, so muß England einen derartigen Plan ignorieren.“ „Daily Telegraph“ sagt, es habe in England einen schlechten Eindruck gemacht, daß die französische Presse nach dem Interview Millés mit Baldwin so dringend die Forderung erhoben hat, England solle sich bedingungslos dem französischen Standpunkt hinsichtlich der Ruhrbesetzung anschließen. In der Frage des passiven Widerstandes meidet die „Westminster Gazette“ aus Paris, die Franzosen würden deutsche Vorschläge nicht in Erwägung ziehen, bevor Deutschland den Widerstand aufgegeben habe. Frankreich aber sei bereit, den Charakter der Ruhrbesetzung weitgehend zu verändern, falls dort England und Italien ihren Platz an Frankreichs Seite einnehmen würden, um mit Frankreich die Aufsicht darüber zu führen, daß die deutschen Zahlungsbestrebungen ehrlich seien. In diesem Falle werde kein Zwangsmittel notwendig sein. Die „Times“ betonen in ihrem Leitartikel, daß Baldwin die Pflicht habe, die europäische Lage so bald wie möglich zu regeln. Das Schlüsselproblem ganz Europas sei aber die Reparationsfrage. Es sei nicht notwendig, diese Frage mit der Sicherheitsfrage zu verbinden. Frankreich befinde sich heute nicht in Gefahr und werde von seiner Invasion bedroht, solange die alliierten Armeen im Rheinland ständen. Zu der Ruhrbesetzung schreiben die „Times“ es sei keine Liebertragung, daß heute der Terror im Ruhrgebiet herrsche. Durch die Besetzung sei die industrielle Erholung Deutschlands aufgehalten worden. In Köln liege der englische Handel. In Süd-Wales liege die Zinnindustrie darnieder, da sie keinen billigen Stahl kaufen könne, wovon sie abhängig sei. Deutschland könne nicht in Indien kaufen, deshalb sei Indien unfähig, Einfäufe in Lancashire zu machen. Von dem völligen Zusammenbruch Deutschlands habe niemand Vorrede. Der „Daily Telegraph“ unterzieht bereits das für heute erwartete deutsche Angebot einer kurzen Besprechung. Es sei sehr zu bedauern, daß die Summe von 30 Milliarden nicht erhöht worden sei. Man hoffe aber, daß das System der Jahreszahlungen und Garantien präziser und wesentlicher ausgearbeitet werde. Was die Garantien betreffe, so scheine es, daß der deutsche und der belgische Standpunkt sich einander nähern.

Die unter anderem auch im „Star“ veröffentlichte Meldung, daß Lord Curzon wahrscheinlich im Oberhause über die gegenwärtige Lage sprechen werde, wird auf Anfrage vom Auswärtigen Amt in Abrede gestellt.

London, 6. Juni. (M. I. B.)
In ihrem „Baldwins Gelegenheits“ übergebenen Leitartikel führen die „Times“ aus, es dürfe kein Versuch gemacht werden, das Reparationsproblem mit der Frage der französischen Sicherheit zu verknüpfen. Es drohe Frankreich augenblicklich keine Invasion, und diese Gefahr bestehe auch nicht, solange die alliierten Heere das Rheinland besetzt halten. Die Erörterung der Sicherheitsfrage erzeuge außerdem immer nationalitätliche Feindschaften, und es sei wesentlich, daß die Reparationsfrage so lebensfähig wie möglich erörtert werde. Es sei ein wirtschaftliches Problem, das auf wirtschaftliche Weise gelöst werden müsse. Es sei wesentlich, daß die gegenwärtige britische Regierung mit diplomatischer Rührigkeit auf französisches Gebiete, vereinigt mit nächsterer Erkenntnis wirtschaftlicher

Zuständen vorgehe. Beides zu vereinen sei freilich keineswegs leicht. Baldwin werde jedoch den Vorteil der Unterstufung Lord Curzons auf dem einen Gebiet und der Unterstützung Mc Kennas auf dem anderen Gebiet beistimmen. Inzwischen vernehme jede Verzögerung die Schwierigkeiten einer Lage, die unendlich verschlimmert werde durch die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebietes. Deutschlands Reparationszahlungen hätten aufgehört, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei vermindert worden und, was noch schlimmer sei, der Geist der Feindseligkeit sei in Deutschland größer und bitterer geworden, und alle deutschen Staaten, die noch vor Monaten uneins gewesen seien, seien in eine festgeschlossene Opposition zusammengedrängt worden. Die Einwohner im Ruhrgebiet hätten sich aus eigenem Antrieb der Beinträchtigung ihrer Freiheiten widersetzt. Ihre Haltung habe Vergeltungsmaßnahmen der französischen Verwaltung hervorgerufen, und es sei keine Liebertragung, wenn gesagt werde, daß jetzt eine **Schraube des Terrors** geschaffen sei. Alle deutschen Beamten, die den Befehlen des Generals Degoutte nicht nachkommen, würden eingekerkert oder ausgewiesen. Die Zahl der Vertriebenen betrage Tausende wöchentlich, und die Familien der Opfer würden einige Tage später aus ihren Häusern abgeführt werden. Erschießungen und Unruhen würden zahlreicher und erster. Die Not Deutschlands sei zweifelslos ernst. Der vollständige finanzielle Zusammenbruch Deutschlands könne nur momentan im Vorteil sein und müsse das Wohlergehen der Welt unendlich berühren. Trotzdem wäre dieser Zusammenbruch Deutschlands eine sichere Folge der französischen Politik, wenn diese nicht sofort und praktisch abgeändert werde. Es seien Anzeichen vorhanden, daß Belgien ungeduldig werde und gerne seinen Anteil am Ruhrabenteuer los werden wolle. Die **Saltung Belgiens sei zweifelslos nicht unvereinbar mit der Großbritanniens.**

Ein Ultimatum an Deutschland?

England und Italien auf Belgians Seite.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Juni.
Poincaré ist mit seinem Stamm von politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beratern heute früh 8.10 Uhr nach Brüssel abgereist, wo er um 2 Uhr eintrifft. Um 3 Uhr sollen die Beratungen beginnen, die in zwei Teile zerfallen: eine Besprechung der leitenden Minister allein und eine Vollsitzung aller Minister und Sachverständigen. Dann folgt die Wahl. Um 11 Uhr will Poincaré angeblich bereits wieder auf dem Bahnhof sein. Der „Matin“ erhält von seinem Sonderberichterstatter in Brüssel eine Darstellung der belgischen Auffassung, die in einigen Punkten den früheren Mitteilungen widerspricht. Nach dieser Mitteilung wünscht die belgische Regierung 1. den in Gemeinschaft mit Frankreich gefassten Beschluß zu bestätigen, daß Verhandlungen mit Deutschland erst nach Aufgabe des passiven Widerstandes eröffnet werden können, sie wünscht 2. das Fand des Ruhrgebietes nicht aufzugeben, ehe die Zahlungen Deutschlands gefesselt sind und auch dann nur nach Maßgabe der deutschen Leistungen; und sie wünscht 3. den englischen und den italienischen Alliierten für ein Ultimatum an Deutschland zu gewinnen, das eine klare Annahme der französisch-belgischen Bedingungen verlangt. Erst wenn dieses Ultimatum seinen Erfolg hat, will Belgien die von Frankreich angeführte wirtschaftliche Organisation des Ruhrgebietes in Betracht ziehen, die eine Besetzung von langer Dauer vorsieht. Alle Beratungen über die einzelnen Teile des Programms, besonders das „Studium der von der belgischen Regierung vorgeschlagenen Methode der Reparationsleistungen“ sollen erst dann beginnen, wenn über diese vorher erwähnte Grundforderung ein Einverständnis erzielt ist. Dieses Programm, das sich mit den erst vor wenigen Tagen in der gleichen Zeitung enthaltenen Angaben nicht deckt, wird im allgemeinen auch von den anderen Blättern bestätigt, welche die Ruhrpolitik Poincarés unterstützen. Nur der „Zeit Parisien“ ist etwas zurückhaltender und bereitet sogar darauf vor, daß Poincaré vielleicht seinen Kufenhalt in Brüssel um einen Tag verlängern könnte, wenn das neue deutsche Angebot eine Beratung der Verbündeten notwendig macht. Diese Eventualität wird von den anderen Blättern vorläufig nicht in Aussicht gestellt. Wohl aber finden sich in einigen Zeitungen Schilderungen der Stimmung in Brüssel, die ganz anders aussehen. Hier ist gesagt, daß die belgische Regierung mit einiger Unruhe die Beratung erwarte, weil sie fürchte, daß Poincaré die Verhandlungen von den großen Gesichtspunkten der allgemeinen Regelung ablenken wolle. Die Belgier sollen entschlossen sein, die **Zusprache mit England unter allen Umständen herbeizuführen**; sie wissen aber, daß Frankreich als Voraussetzung die Anerkennung der französischen Ruhrpolitik durch England betrachte, während Belgien sich mit einem Kompromiß begnügen würde, um nur erst einmal die Einheit unter allen Verbündeten wieder herzustellen. Zwei politische Anschauungen stehen sich heute in Brüssel gegenüber. Die Dauer der Konferenz wird erkennen lassen, welche Anschauung gesiegt hat. Keist Poincaré noch am gleichen Tage zurück, dann ist eine Spaltung zwischen Frankreich und Belgien zu erwarten, die zwar zunächst durch diplomatische Erklärungen verhüllt, aber trotz aller Bemühungen bald sichtbar werden wird. Wird die Beratung aber am Donnerstag fortgesetzt, dann ist eine Ansicht vorhanden, daß der französische Ministerpräsident sich der belgischen Anschauung nähern wird. Belgien soll über den Standpunkt Englands, nach einigen Informationen auch über die Wünsche Italiens unvorbereitet sein, und Thémis soll die Liebertragung haben, daß diese beiden Mächte mit Belgien etwas handeln seien. So wird heute Nacht die Lage in der Ruhr Presse dargestellt. Es ist unendlich, etwas Bestimmtes über die Absichten Poincarés zu sagen, aber es ist wahrscheinlich, daß sie mit den Informationen des „Matin“ übereinstimmen.

Mussolini am Scheidewege.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Hans Barth.

Rom, 1. Juni.
Als Italiens „Duce“ („Herzog“), wie man ihn hier nennt, am 21. April sein schwarzes Heer unter dem Konstantinbogen hindurchführte, hoch zu Ross und von seinem berittenen Generalkstab umgeben, unter dem Marschall der „Giovinezza“ und dem Beifallsklatschen der Menge, da dachte man kaum, daß ein paar Wochen später sich andere Töne in den Jubelmischen würden. Seit das Parlament wieder eröffnet ist, muß man aber manchmal erleben. Nicht, daß die arme alte Camera dei Deputati (Gott hab' sie selig, möchte man sagen) an der Wandlung die Schuld trüge. Gott bewahre! Aber es kommen dort immerhin Dinge zur Sprache, die sich in der Presse weniger hervorragen. So der Umstand, daß das übergroße, das überflüssige Wachstum, die Gigantischen des Faschismus ihre Schattenseiten hat, die nicht wegzuleugnen sind. Schon seit Wochen erfährt man von Streitigkeiten innerhalb der regierenden Partei, die sich teilweise von lokalen und persönlichen Gegenständen, die sich teilweise zu heftigen Reibungen auswachsen und das scharfe Eingreifen des Ministerpräsidenten selbst nötig machten. So wurde ein Hauptführer und Mitbewerber des Faschismus, der in Turin ein sehr fatales Gewaltmittel gegen die Feinde des Faschismus empfohlen hatte, schamhaft abgesetzt, und anderen seiner Genossen ging es ebenso; wie denn auch unter der von Mussolini selbst ins Leben gerufenen „Nationalmiliz“ scharfe Aufreinerung geschah. Um der Unzufriedenheit gewisser Diabolen und kleiner Mussolinis ein Ende zu machen, hob der Diktator endlich durch ein Dekret die für vorher geschaffene Institution der Oberkommissare in den Provinzen auf — eine Institution, die sich nicht bewährt hat.

Das Bedenkliche nun ist, daß diese inneren Schwermächte, deren Mussolini ungeheure Energie Herr werden dürfte, in die Periode der wieder eröffneten Kammer herüber spielen, wo sie bei den Gegnern des Faschismus, an denen es nicht fehlt, ein begriffliches Echo finden. Ein aus der fascistischen Partei ausgestoßener Enorevole, der noch jüngst zu den Führern gehört hatte, Mussolini, wogte es sogar (was vor ihm keiner unternommen), den Faschismus in einer Rede zu verpöhlen, die von Beleidigungen gegen die Führer zweiten Ranges und von Lobeserhebungen für ... Mussolini strotzte. Mussini hob rüchrichtig alles hervor, was das herrschende Regime als Gefahr für Italien charakterisierte, und hatte für Mussolinis Mitarbeiter, zu denen er selbst hervorragend gezählt hatte, Worte grimmer Kritik. Kein Wunder, daß ein paar Stunden später der Abgeordnete Mussini eine scharfe Lektion erhielt. Mussini, der fascistische Feind und Kritiker des Faschismus, der für den Ministerpräsidenten selbst nur Worte der Anerkennung hatte, erzielte mit seiner Rede in der Kammer nicht die Wirkung, die er wohl erwartet hat. Kein Zeichen von Beifall oder Mißfallen wurde laut, als Mussini seine Rede schloß. Sogar die äußerste Linke, die doch aller Grund zum Protest hätte, schwieg. Tags darauf erhielt die Regierung sogar anlässlich des Finanzprovisoriums ein großes Vertrauensvotum, und zwar ohne daß der Premier selbst auch nur den Mund aufgetan hätte. Die Wahrheit ist eben, daß Mussolini von seinem ursprünglichen extremen Standpunkte langsam abdrückt, sich dem realen Leben zuwendet und die Dinge so nimmt, wie sie sind, nicht wie sie sich in der idealen Weltanschauung widerspiegeln. Kurz, daß das unrettbar bedeutende staatsmännische Talent Mussolinis, immer mehr über sein anderes Talent, das des Tribünen, hinauswächst. Das von Mussolini einst geprägte Wort von der Kammer als „Spielzeug des Volkes“ scheint vergessen, desgleichen das etwas kühne Bild, als er beim Einzug in Rom damit drohte, seine Schwarzgardisten in Montecitorio bivaktieren zu lassen. Und auch die neuliche Keinerung der unter Umständen notwendigen „zweiten Sturmflut“ beweist wohl mehr poetische als politische Wirkung. In der Kammer genießt Mussolini jedenfalls, so überraschend das klingen mag, bei den meisten Parteien persönliche Sympathien, mindestens Achtung, denn im Gegensatz zu manchen früheren Diktatoren hat Mussolini seine Allmacht niemals mißbraucht, und wenn auch diese Vollmachtsregierung, die Italien im Handumdrehen von seinen Gebrechen befreien will, aus Erparnisgründen Zehntausende von Beamten, Eisenbahnern und Offizieren aus dem Staatsdienste entfernt und weite Kreise irritiert, so zweifelt doch niemand an Mussolinis gutem Willen. Freilich (es gibt kein Wunder mehr), was er bisher erreicht hat, ist nur der kleinste Teil seines Programms. Indessen, der früher durch fortwährende Bahn- und Straßenbahn-Streiks unterbrochene Verkehr funktioniert völlig glatt, und die volkswirtschaftlich-kommunikative Gefahr, vor der namentlich Nord-Italien gefährdet ist, heute ausgeglichen.

Das größte innere Problem, das an Mussolini herantritt, ist heute die Einordnung des Faschismus in den Staatsbetrieb. Und das ist natürlich nicht leicht, denn der durch Hunderttausende von Mit- und Rebellführern zu einem Millionenheer angeschwollene Faschismus bildet ja eigentlich die Basis für Mussolinis Regierung und Regime. Aber schon heute zeigt sich, daß Mussolinis politische Verantwortung durch sich selbst so stark wirkt, daß sie schließlich auch mit anderen Parteien regieren könnte. Mussolini steht am Scheidewege. Entweder Rückkehr zum liberalen Staate und Parlamentarisierung des Faschismus, oder aber Rückkehr zum Faschismus, wie er vor und bei dem Marsch auf Rom war, und logisch-eiserner Ausbau des sogenannten „fascistischen Staates“. Das eine wie das andere kein Kinderpiel.

Englischer Kabinettsrat über die Reparationsfrage. Das Verlangen nach endgültiger Regelung.

Paris, 6. Juni. (W. T. Z.)

Ein Auslandsmitarbeiter des „Echo de Paris“, der sich in London aufhält, um sich über die englische Auffassung der Reparationsfrage zu unterrichten, erklärt, die von Baldwin angeordneten Sachverständigenberatungen über das Reparationsproblem seien beendet. Das Ergebnis sei gestern im Kabinettsrat festgelegt worden. Er warnt das französische Volk vor Illusionen. Das Schicksal habe in den letzten Wochen die Aufgabe gehabt, den Plan von Lord Lansdowne in einigen Punkten abzuändern. Es scheint sicher zu sein, daß diese Änderungen sämtlich in der Richtung einer Abänderung der französischen Auffassung liegen. Man werde in dem englischen Plan Dispositionen bezüglich der Idee von der Notwendigkeit eines Memoratoriums wiederfinden, die den Franzosen ganz und gar nicht sympathisch seien. Man hege Mißtrauen gegen die Fänder und sei der Ansicht, daß es notwendig sei, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verringerte Leistungsfähigkeit der Deutschen von neuem abzufächeln. Was eine Annäherung Englands an Frankreich veranlassen könnte, wäre die Aussicht auf eine allgemeine endgültige Regelung der Reparationsfrage. Die englische Regierung hänge auf dem Standpunkt, daß eine provisorische Regelung keine Regelung sei und den Kredit Deutschlands nicht wiederherstellen würde. Sie würde es Deutschland nicht ermöglichen, eine neuemwertete Anleihe aufzunehmen, und würde ihm wieder gestatten, so wenig wie möglich zu bezahlen. Eine endgültige Regelung würde unmittelbar bewirken, daß die gesamte Welt mit einer Welle des Vertrauens und Optimismus erfüllt und die Wiederaufnahme der Geschäfte begünstigt würde. Der Berichterstatter glaubt, daß Baldwin sicher darauf bestehen werde, daß England seinen gerechten Anteil an den Reparationen erhalte. In der Reparationsfrage selbst müsse man Schwierigkeiten voraussehen. Dagegen werde Baldwin wahrscheinlich in der Frage der Räumung des Ruhrgebietes oder hinsichtlich des passiven Widerstandes keine Einwendungen erheben oder sich wenigstens bemühen, für die französische und britische Regierung eine annehmbare Formel zu finden. Das englische Kabinet sei geneigt, alles Mögliche zur Sicherung Frankreichs zu unternehmen.

Der Pariser Berichterstatter des „Times“ schreibt zu den Erklärungen Baldwin gegenüber dem Vertreter des „Petit Parisien“ bezüglich der Sicherheit Frankreichs, ihm sei von einem sehr hohen französischen Beamten nachdrücklich erklärt worden, daß Frankreich im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lösung dieses Problems nicht suche. Man liege jetzt in Frankreich der Ansicht, daß es länger sein würde, die beiden Probleme vollkommen getrennt von einander zu halten. Dem Berichterstatter wurde erklärt, im Augenblick befinde sich Frankreich nicht in unmittelbarer Gefahr, und wenn es auch erwidern müßte, wie seine Sicherheit am besten erreicht werden könnte, beabsichtige es doch nicht, sie als eine dringliche Frage zu behandeln. Frankreich müsse warten. Es würde nur zu komplizierten Führern, wenn es sich zu dieser Zeit erklären würde. Solange Frankreich entsprechend dem Versailles-Vertrag die Rheinlande besetzt halte, sei es sicher. Später würden keine Einwendungen bestehen. Das der Völkerbund erjudet werde, bei dem Aufbau eines Garantiesystems für Frankreich mitzuhelfen.

Der französische Standpunkt zur deutschen Note.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Juni. Die Meldungen der Berliner Berichterstatter über den Inhalt der deutschen Vorschläge werden vorläufig nicht kommentiert. Nur wenige Blätter heben noch einmal hervor, daß ohne die Aufgabe des passiven Widerstandes kein deutsches Angebot für Frankreich Bedeutung habe. Im allgemeinen scheint das Urteil über die deutschen Vorschläge, soweit sie aus diesen Meldungen bekannt sind, nicht so ungünstig, wie bei dem früheren Angebot. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Berlin schreibt: „Um die wahre Bedeutung des deutschen Angebots zu beurteilen, muß man sich die Laifache vergegenwärtigen, daß Deutschland diese Vorschläge nach den Direktiven anderer Mächte gemacht

hat. Ich höre aus guter Quelle, daß England, Italien und Belgien (durch die Vermittlung der Engländer) die neue Redaktion des deutschen Memorandum besetzt haben.“ Auch in anderen Berliner Berichten wird auf diese Einfälle angespielt und hinzugefügt, daß in den politischen und finanziellen Kreisen Berlins eine feste Stimmung zu erkennen sei. Interesse verdient eine Mitteilung des „Petit Parisien“ aus London, die über den sogenannten „neuen englischen Reparationsplan“ berichtet. Dieser Plan soll die Gedanken des Donar Planes weiter ausbauen und die französisch-belgische Auffassung der Ruhrpolitik durch ein Kompromiß mit den englischen Anschauungen ausgleichen versuchen. Man wünsch in London dringend eine Verständigung zwischen Poincaré und Thémis, weil diese Übereinstimmung der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung sein müßte.

Die deutsch-südslawischen Verhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

II. Belgrad, 6. Juni. Der deutsche Unterhändler Geheimrat Kunze erklärte gegenüber einem Vertreter der „Politika“: Meine Aufgabe ist, mit der südslawischen Regierung über einige Fragen ein Einvernehmen zu erzielen, an erster Stelle bezüglich der Viehlieferung. Serbien kam gemäß dem Friedensvertrage ein bestimmtes Viehkontingent von Deutschland beanpruchen. Da jedoch Deutschland jetzt sogar für seinen eigenen Bedarf Vieh einzuführen benötigt, Serbien aber des Viehs nicht bedürftig ist, soll der noch verbliebene Viehkontingent durch Sachlieferungen anderer Art ersetzt werden. Meine Aufgabe ist, zusammen mit der südslawischen Regierung den Wert des noch nicht gelieferten Teils des Viehkontingents zu bestimmen. Ich hoffe bestimmt, daß es sehr leicht sein wird, ein Einvernehmen zu erzielen, das den beiderseitigen Interessen entspricht. Was die andern Lieferungen auf Rechnung der 70 Millionen Goldmark und die Lokomotivangelegenheit betrifft, bin ich seitens meiner Regierung mit ganz bestimmten Instruktionen versehen. Die Fragen sind gar nicht kompliziert und es darf deswegen auf die günstige Erledigung gehofft werden.

Die kritische Lage Ungarns.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Budapest, 6. Juni. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte der Ministerpräsident Graf Bethlen Bericht über seine Auslandsreise. Er erklärte, die Reise sei unerschöpflich gewesen, da die Lage Ungarns katastrophal sei. Ungarn habe alles getan, um aus eigener Kraft seine Wiederaufbau vorzubereiten; es sei aber jetzt am Ende seiner Kräfte. Die Reise habe nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt, denn die Reparationskommission stelle Bedingungen, die für Ungarn praktisch unmöglich machen, aus dem Wohlwollen, das ihm im Prinzip entgegengebracht wird, Augen zu schließen. Bethlen sprach England und Italien den Dank der Nation aus und sagte, er hoffe, daß auch Frankreich sich schließlich werde überzeugen lassen. Der Ministerpräsident fuhr fort: „Auf die Frage, warum wir uns nicht an unsere Nachbarn gewendet haben, muß festgestellt werden, daß die Mittel der Lieberzeugung, die uns für dieses Vorhaben zur Verfügung stehen, zurzeit noch ungenügend sein werden. Wir wollen nun alles aufbieten, um ein korrektes und loyales, gut nachbarliches Verhältnis zu erreichen. Das wollen wir, aber wir wollen uns nicht erniedrigen. Von unserer Souveränität können wir nicht lassen. Wir wollen die begonnene Aktion weiterführen. Wir geben den vom finanziellen Standpunkt schwersten drei Monaten entgegen. In diese exportierbaren Vorräte gehen zu Ende, und dringende Auslandsdarlehen stehen vor der Tür. Die Regierung wird ihre Pflicht erfüllen.“ Die Rede Bethlens machte auf das Haus tiefen Eindruck. Die Rechtsradikalen verhalten sich im Hause selbst reserviert, doch veranlassen sie in den letzten zwei Tagen in der Provinz Volksversammlungen, in denen die Regierung heftig angegriffen wurde. Wieder stehen Szjass und Baron Pronay im Vordergrund, so daß die Regierung nun wohl zur öffentlichen Abrechnung mit diesen wird scheitern müssen. Der getrigte Tag bewies, daß Graf Bethlen auf die überwiegende Mehrheit seiner Partei in dem Kampfe gegen die Rechtsradikalen rechnen kann; auch die Opposition ist gewillt, ihm in diesem Kampfe zu unterstützen. Die Führer der Rechtsradikalen, Wolff und Gömbös, dürfte kaum auf zehn Mann rechnen können.

Chronologische Kritik.

Alfred Brust (Cranz).

Wenn ein Künstler ein Werk von sich in die Öffentlichkeit bringt, so ist es sein nur zu verständlicher Wunsch, daß das Publikum auch den Zeitpunkt des Entstehens seiner Schöpfung erfahre. Der Verehrer seiner Kunst muß in der Lage sein, aus der zeitlichen Folge der Werke den Entwicklungsengang des Künstlers zu erkennen. Denn nur so ist es möglich, die wahre Persönlichkeit und die Wesensheiten eines Schaffenden folgerichtig zu erkennen. Die Maler haben es leicht. Sie schreiben unter ein Bild „Eduard See 1913“ oder „Apfelbaum 1921“. Und den Musikern ist es wichtiger, über eine Partitur „opus 98“ zu schreiben, als „Sonneninselgedächtnis in D-moll“. Woß die Dichter haben diese Einrichtung sich nie zu eigen machen können, und die Verleger tun das Häufige, indem sie mit dem großen Schwamm der Würdigkeit das Jahresangabe (auch dies!) entweder völlig tilgen oder bei einer Neuauflage unbedingt vorwärtsdatieren. Es ist heutzutage ausgeschlossen, die Gesamtwerke fast aller Dichter in der Zeitfolge richtig aufzunehmen, sofern ihnen nicht das Glück der „Gesammelten Werke“ zuteil wurde. Es ist verständlich, obgleich vom Standpunkt des Schaffenden unverzichtlich, wenn die Kritiker literarischer Werke aus Mangel an Zeit oder gar Liebe zur Sache ein Buch oder Bühnenwerk, das ihnen zu Gesicht kommt, mit einem runden Schlagwort als das letzte und neueste des Dichters auszeichnen. Und da es der Kritiker wissen muß, glauben es des Dichters Verehrer. Es passierte kürzlich einem abgeschlossenen und in deutschen Landen vielgespielten Dramatiker von Rang, der durch einen Umstand ausgereizt in Berlin nach nicht zu Wort gekommen war, daß er dortselbst mit einem Jugendwerk herauskam. Die Kritik stempelte es sofort als das neueste Stück des Autors, nannte ihn ungefähr einen Anfänger und der Mann ist für die nächsten Jahre „erledigt“. Ein Stück von mir wurde neulich in einer berühmten literarischen Zeitschrift „eine geschickte Tagore-Apotheose“ genannt und als mein „jüngstes“ bezeichnet, zumal es entstanden war in einer Zeit, als es Tagore in Deutschland noch gar nicht gab. Und in derselben Abhandlung über dieses Stück wurde als Beispiel einer Nebenwendung angeführt, die in eben diesem Maß beispielhaft sein sollte, in Wirklichkeit jedoch in einem ganz anderen Drama steht. Ein Dichter, der rein äußerlich demnach vergevollstetigt wird, hat schließlich die Nase im Sand, den Mund in der Stange und die Augen unter der Annale liegen. Es bleibt ihm nichts übrig, als seinen Verleger mit Güte oder Donnerwetter zu erwidern, entweder

Die neue Postgebührenerhöhung.

Der Verkehrsbeitrag gegen die Regierungsvorschläge.

Der Verkehrsbeitrag des Reichspostministeriums, der sich, wie gemeldet, gestern in einer Sitzung mit der Frage der am 1. Juli eintretenden Gebührenerhöhung beschäftigte, hat gestern seine Beratungen beendet, ohne sich in allen Punkten der Vorschläge des Reichspostministeriums anzuschließen. Der Beitrag erklärte sich mit der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung für Patente und Telegramme auf das Dreifache einverstanden. Hinsichtlich der Erhöhung der Gebühren für Briefe, Postkarten, Drucksachen usw. auf das Fünffache bedenkten und schlug eine dreifache Tarifierhöhung für diese Sendungen vor. Auch über die neuen Fernspreckgebühren konnte keine Einigung erzielt werden. Statt der vom Postministerium vorgeschlagenen siebenfachen Erhöhung wollte der Verkehrsbeitrag nur einer fünffachen Heraufsetzung zustimmen. Ueber die noch ungeklärten Fragen fand heute vormittag im Reichspostministerium eine Referentenbesprechung statt, die zur Stunde noch andauert. Ebenfalls wird das Postministerium nun von sich aus eine Vorlage aufstellen und sie den gesetzgebenden Körpern vorstellen lassen.

Reise Dr. Cunos nach Münster.

Der Reichszentralrat Dr. Cuno wird sich, wie wir hören, am Sonnabend nach Münster begeben und vermutlich bei dort stattfindenden Tagung der Presse eine Ansprache halten. In Fortsetzung dieser Reise wird Dr. Cuno voraussichtlich auch mehrere Städte Süddeutschlands besuchen.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Arbeitsplan des Reichstages bestimmte heute den Geschäftsplan des Monats für die nächsten Tage. Am Donnerstag und Freitag kommt die sozialdemokratische Interpellation über die Leerung und die Markterwertung zur Verpredung. Am Sonnabend stehen die Ergänzungsgesetze zum Reichsvertragsgesetz und zum Wehrmachtverordnungsrecht zur zweiten Beratung. Am Montag und Dienstag folgte die zweite Beratung des Anknüpfungsgesetzes und daran schließt sich in den folgenden Tagen die zweite Beratung des Gesetzes zur Befähigung der Geschlechtskranken. Die Strafrechtsreform, die heute zur ersten Beratung kommt, soll so gefördert werden, daß sie noch im Laufe des Monats in den Reichstagen verhandelt werden kann. Ueber den Beginn der Sommerpause ist noch keine Bestimmung getroffen. Es wird nur mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Tagung sich bis in den Juli hinein erstreckt.

In ihrer ersten Sitzung nach der Pfingstpause beschäftigte sich gestern die demokratische Reichstagsfraktion sehr eingehend mit der durch die katastrophale Markterwertung eingetretenen Marktlage nicht nur der Arbeitnehmer, sondern besonders auch der Erwerbslosen, Sozialrenter und des Mittelstandes. Aus allen Ecken des Reiches brachten die Abgeordneten Schilderungen dieser Notlage mit. Hauptsächlich wurde über die Sünden der Bureaucratie berichtet. Auch die Not der Ausgewiesenen wurde eingehend erörtert. Der wirtschaftliche Ausbruch der Fraktion wurde beantragt, sofort politische Maßnahmen zur Vinderung der Not zu ergreifen und dann mit dem Reichszentralrat darüber in Besprechungen einzutreten.

In Niederschlesien hat, wie unser D-Korrespondent meldet, der wegen Lohn- und Arbeitsfragen ausgetragene Landarbeitersstreik weiter um sich gegriffen. Es wird bereits in achtzehn Kreisen gestreikt.

Der bayrische Landtag stimmte mit den bürgerlichen Stimmen einem Ausschußbeschlusse zu, wonach der kommunistische Abgeordnete Gfenberger gegen den ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, verhaftet werden soll. Gfenberger hat sich bisher seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen.

Der Abgeordnete Schlein hat, wie unser Pariser Q-Korrespondent meldet, eine Klage wegen unrechtmäßiger Freiheitsberaubung gegen den Minister des Innern einreichen lassen.

Paris, 6. Juni. (Privat-Telegramm.) Der frühere Schatzmeister des verstorbenen Kaisers Karl von Hohenzollern, Baron Bruno Steiner de Walramont, ist gestern auf Ersuchen der Schweizer Behörden in Paris verhaftet worden, da er beschuldigt wird, Schmuggelschwarz des Kaisers zu seinem eigenen Vorteil verwendet zu haben.

Ein Passionspiel.

Aufführung im Zirkus Busch.

F. E. Durch den Zirkus schwebt Weichpunkt — mit anderem Publikum sitzen graue und schwarze Schwelmer auf den Klappstühlen, deren Rücken die Beklame einer Ketschke tragen — auf dem jetzt wird getelzt, „Im Interesse der heiligen Handlung von Beifallsäußerungen abzuheben“ — die Reklamer rufen mitunter: „Glaskäse Bier gefällig?“ Ein acht Berliner Bild; auseinanderstehende Wünsche, kaffende Gesenkle. In diese andachtlose Stadt bringt die Festspielgemeinde Cafenort, die auch den Titel führt „Das schließliche Übernarrganz“, das Spiel vom Leiden Christi, und der Gedanke, der entgitterten Welt die immer in anderen Formen wiederkehrende Ebdung des Geistes vorzuführen, ist voll Giste und Schönheit. Es zieht die „Passion“ nicht ohne freumbliche Wirkung vorüber, für die frommen eine innig geglaube Wahrheit, den zahlreicheren Anstrommen vielleicht doch ein Wellen. Im ersten Übernarrganz ist freilich mehr Ausgaltung aus dem Alltag, im Angeheit der freien Berge, in der Mitte einer Bevölkerung, die seine Theaterperidinen trägt, sondern wallende Naturlofen, und die eine jahrhundertelange Lieberlieferung zu wahren weilt. So fühlten es wenigstens die Besucher der ersten Tage im vorigen Frühjahr. Später traten die Ausbeuter des Heiligen, die Wöchner und Krämer hervor, und janzlästern spiefte sich ein Teil der hochst bayerischen Presse als Tempelstater auf. Der Text dieser „Passion“ stammt von Hermann Dahl, in Anlehnung an die alten Texte, aber auch mit Auslassungen und Einschaltungen, die nicht immer glücklich sind. Die Sprache hat nur einen äußeren poetischen Glanz. Sie ist banal, ohne die Pathos der alten Karitativ. Die Bilder aber, getreu nach alten Schildereien, sind schön: der Ginzug Christi in einem Kreise jaudernder Menschen; die Segnung der Kinder; das Abendmal; der Gang nach Golgatha; die Kreuzigung; die Abnahme vom Kreuz. Die Leiter, Adolf Steinmann und Franz Schmick, tragen Eingebung und gut gefüllte Bewegung in die vielstapige Spielweise. Unter den Darstellern (Karl Simon, Eva Götz, Johannee Leo, Wilhelm Tschel, Henry Weh) tritt mit starker Indrunft Margaretha Wähning als Martha hervor. Franz Heilburg ist Christus, weisend auf die in der Stimme.

* Aus der Musikwelt. Joseph Schowars hat infolge plötzlicher Erkrankung das heutige Konzert in der Wilhelmstraße (S. 12) abgebrochen. Nähere Daten des nachfolgenden Konzerts wird noch bekannt werden. Karten behalten Gültigkeit.

Schwindelhafte Wareneinkäufe.

Auf der Spur eines Betrügerpaares.

Ein neuer Warengroßhändler beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Am Kurfürstendamm 75 mietete ein Mann der sich Paradenberg nannte, für kurze Zeit ein Zimmer und lebte eine angebliche Frau Dr. Riefer als seine Privatsekretärin hinein. Das Ganze war die „Mag. Rosa“ als „Güterverwaltung“, Direktion Hofstad in Meddenburg, Zweigstelle Berlin-Gartenstadt, Kurfürstendamm 75. Frau Dr. Riefer befüchte nun große Geschäfte und Warenhäuser und kaufte alles, was eine Güterverwaltung wohl gebrauchen kann. Sie schloß jedesmal über Millionen ab mit der Bestimmung, daß eine schriftliche Befestigung von der „Mag. Rosa“ den Güterverwaltung bald eingehen werde. Diese kam dann auch gleich mit der nächsten Post auf einem schönen Bogen mit Vordruck der Direktion Hofstad und allen sonstigen geschäftlichen Angaben. Zu sehen sich selbst gewiegte Geschäftsleute täuschen und sicher machen. Paradenberg befähigte in dem Briefe, der mit Nammann gegenzeichnet war, den erteilten Auftrag, daß um die Rechnung, da die Zahlung bei der Abholung der Ware geleistet werde. Als dann die Ware geliefert wurde, gelang es den Betrüger durch weisungreiche Telefongespräche die Bezahlung aufzuschieben und sich in den Besitz der besten Sachen zu setzen. Die Güterverwaltung ließ nichts mehr von sich hören und als sich die betrogenen Firmen endlich erkundigten, erfuhr sie nur noch, daß die Güterverwaltung vom Kurfürstendamm verdrängt war. Das verdrängte Betrügerpaar hat in 14 Tagen für viele Millionen Waren erlangt und vermutlich gleich wieder verkauft. Nach dem Inhalt einer hinterlassenen Korrespondenz, daß Paradenberg auch noch Geschäftswindeln in ausgedehnter Weise betrieb.

Hermatische Erhöhung des Straßbahntarifs. Der Straßbahntarif, der erst am 25. Mai von 300 auf 400 Mark für die Eingangsart erhöht wurde, soll abwärts gesteuert werden. Für

den kommenden Freitag ist eine Sitzung der Verkehrsdeputation anberaumt worden, die sich mit dem neuen Antrag der Straßenbahndirektion beschäftigen soll. Wenn auch bestimmte Vorläufe noch nicht vorliegen, so ist doch angelehnt der starken Gegenwertung im Laufe der letzten Wochen damit zu rechnen, daß eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Tarifs erforderlich sein wird, um die gesteigerten Ausgaben einigermaßen decken zu können.

Die Brillanten der Operntänzerin Barbara Kemp. Der 2. Strafkammer des Landgerichts III gelangt heute der Aufsehen erregende Gold- und Brillantendiebstahl bei der Operntänzerin Frau Barbara Kemp zur Aburteilung. Angeklagt sind das Dienstmädchen Frieda Köhler, der Elektrotechniker Benzler, dessen Ehefrau Marie, der Goldschmied Pirny und der Zutrittskontrollant Luffka. Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist vor kurzem in unserer Blatte mitgeteilt worden. Zu der heutigen Verhandlung sind von den Verteidigern, Rechtsanwältin Bahn, Dr. Johann und Dr. Frey, zahlreiche Zeugen und Sachverständige geladen worden. Beim Zeugnisauftritt stellte sich heraus, daß die Hauptbelastungswörter, Frau Kemp, ausgebildet sind. Der Vorbesitzende erklärte, daß ohne Frau Kemp die Verhandlung nicht durchgeführt werden könne. Die Angeklagte Köhler, die seit dem Juli 1922 in Untersuchungshaft sitze, könne doch nicht ewig in Haft bleiben. Darauf müsse Frau Kemp Rücksicht nehmen. Gegen zwei andere Zeugen, die ebenfalls unentschieden fortgelassen waren, beantragte der Staatsanwalt je 3000 M. Ordnungstrafe. Eine Befristung über eine Befristung der Künstlerin hat das Gericht nicht gefast, da die Entkräftung der Zeugin ärztlich festgestellt werden soll.

Neue Briefmarken zu 30 und 50 M. Briefmarken mit dem Wilsbe der Bergarbeiter werden jetzt auch zu 30 und 50 M. auf weißen Waffelmusterpapier in olivgrüner und hellblauer Farbe von der Reichsdruckerei hergestellt. Von den Marken zu 50 M. werden zunächst nur Rollenmarken geliefert. Die Marken nach dem Entwurf

des Hofstoffs mit dem Posthorn sollen aber die Postanstalten vor dem Verkauf der neuen Marken brauchen.

Der Dolchstoß in das Herz.

(Von unserem Korrespondenten.)

Dr. Ruppert, Dr. Ruppert, Dr. Ruppert. Mit großer Spannung sah man hier den Ausgang des Totschlagsprozesses gegen den Kreisfriseurmeister Gustav Liebe aus Mittelfranken, der vor dem hiesigen Schurmerger auf Verhandlung gelangte. Liebe ist Eigentümer eines Miethauses in Mittelfranken und hatte mit seinem Vetter wiederholt Streitigkeiten, besonders aber mit dem Krankenpfleger Knecht. Am 9. November wollte Knecht einen Stuhl, der dem Gegenstand des Streites war, hemmen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten, in deren Verlauf Liebe einen Dolchstoß in den Rücken steckte. Zur Verhandlung war auf Antrag der Verteidiger, Dr. Ruppert (Berlin) und Heinrich (Neu-Ruppert), der Oberarzt der Landesirrenanstalt in Neu-Ruppert, Dr. Hof, geladen worden, der den Angeklagten als einen schweren Kraankheiten bezeichnete. Der Angeklagte behauptete, daß er in Notwehr gehandelt habe. Die Schuldragen lauteten auf Totschlag und Körperverletzung mit Todesfolge. Die Geschworenen bejahten die letzte Frage unter Zuzugung mildernder Umstände. Das Gericht verurteilte Liebe zu 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 1/2 Monaten Untersuchungshaft. Der Dolchstoß gegen Liebe wurde aufgehoben.

Fortlaufend notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

Werte	Notiert	Werte	Notiert
Reichsbank	100	Deutsche Bank	100
Disconto	7 1/2	Bank für Sozialwesen	100
Reichsbank	100	Bank für Sozialwesen	100
Disconto	7 1/2	Bank für Sozialwesen	100
Reichsbank	100	Bank für Sozialwesen	100
Disconto	7 1/2	Bank für Sozialwesen	100

Berliner Börse, 6. Juni 1923. Unnotierte Werte fest.

Werte	Notiert	Werte	Notiert
Diamonds Shares	330.000	Deutsche Kolonialaktien	1.800.000
Kaoko 11.000	Pomona 600.000	Salitra	800.000
Siaman 113.000	Phosphat 135.000	Adler Kohle 70.000	78.000
Al-G. M.	Al-G. M.	Al-G. M.	Al-G. M.

Unnotierte Werte fest.

Werte	Notiert	Werte	Notiert
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100

Einkaufspreise (Ohne Gewähr)

Werte	Notiert	Werte	Notiert
Reichsbank	100	Deutsche Bank	100
Disconto	7 1/2	Bank für Sozialwesen	100
Reichsbank	100	Bank für Sozialwesen	100
Disconto	7 1/2	Bank für Sozialwesen	100

Industrie-Aktien

Werte	Notiert	Werte	Notiert
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100

Industrie-Aktien

Werte	Notiert	Werte	Notiert
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100
Bank für Sozialwesen	100	Bank für Sozialwesen	100

